



STEUBING AG



GESCHÄFTSBERICHT

2010/2011

ANNUAL REPORT

2010/2011

Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister
www.steubing.com

Daten und Fakten

Profil

Die Steubing AG ist eine unabhängige Wertpapierhandelsbank mit Sitz in Frankfurt am Main. Gegründet im Jahr 1987 als „Wolfgang Steubing GmbH Börsenmakler“, wurde das Unternehmen im Januar 1999 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Fundament der Geschäftstätigkeit bilden der Handel und das elektronische Orderrouting in börsennotierten Aktien, Anleihen, Zertifikaten und Optionsscheinen. Weitere Geschäftsfelder umfassen die Tätigkeit als Spezialist für Aktien und Anleihen an der Frankfurter Wertpapierbörse, Integriertes Orderflow Management (IOM), Designated Sponsoring, Sales, Research sowie Capital Markets/Corporate Advisory. Die 2007 zusammen mit der IDC AG gegründete SDB Steubing Derivatives Brokerage GmbH bietet darüber hinaus unabhängige Kompetenz in strukturierten Produkten.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010/2011 beschäftigte die Unternehmensgruppe rund 60 Mitarbeiter. Die Steubing AG ist Mitglied im Bundesverband der Wertpapierfirmen an den deutschen Börsen e.V. (bwf), in der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) und bei Frankfurt Main Finance e.V., einer Initiative zur Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt.

Ergebnis vor Steuern und Jahresüberschuss (in T€)

	2009/2010	2010/2011
Rohertag vor Handelskosten	22.822	25.369
Rohertag nach Handelskosten	18.689	20.805
Ergebnis vor Steuern und Dotation des Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.864	4.455
Jahresüberschuss	1.168	2.038

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Bilanz für das Geschäftsjahr zum 30. Juni 2011	4
Gewinn- und Verlustrechnung vom 01. Juli 2010 bis 30. Juni 2011	6
Anhang zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zum 30. Juni 2011	8
Brutto-Anlagenspiegel zum 30. Juni 2011	15
Entwicklung der Rückstellungen im Geschäftsjahr 2010/2011	16
Lagebericht zum Jahresabschluss zum 30. Juni 2011	17
Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer	24
Bericht des Aufsichtsrates	25
Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinnes	26
Die Gesellschaft	27

Table of Contents

Facts and Figures	30
Preface	31
Balance Sheet as of 30 June 2011	32
Income Statement for the Period from 01 July 2010 to 30 June 2011	34
Notes to the Financial Statements as of 30 June 2011	36
Statement of Changes in Fixed Assets as of 30 June 2011 (Gross)	43
Statement of Changes in Provisions in Fiscal Year 2010/2011	44
Management Report on the Financial Statements as of 30 June 2011	45
Audit Opinion	52
Report of the Supervisory Board	53
Proposal of the Management Board for Allocation of Profits	54
The Company	55

Sehr geehrte Aktionäre, sehr geehrte Geschäftsfreunde,

auf den ersten Blick scheint die Welt in unserem abgelaufenen Geschäftsjahr halbwegs in Ordnung gewesen zu sein. Der DAX® legte vom 1. Juli 2010 bis zum 30. Juni 2011 immerhin um gut 22% auf 7.376,24 Punkte zu. Der MDAX® kletterte im selben Zeitraum sogar um mehr als 35%. Allerdings schwächte sich die Dynamik der ersten sechs Monate in der zweiten Hälfte unseres Geschäftsjahres deutlich ab. Der DAX®, der im ersten Halbjahr noch um fast 16% geklettert war, stieg im zweiten Halbjahr nur noch um 6,7%.

Diese erfreuliche Entwicklung der Aktien-Indizes kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzmärkte in unserem Geschäftsjahr 2010/2011 nach wie vor von großer Unsicherheit und Zurückhaltung geprägt waren, wie die Entwicklung der Börsenumsätze zeigt. Während die XETRA®-Umsätze im Geschäftsjahresvergleich praktisch unverändert auf einem Niveau von € 2,6 Bio. stagnierten, fielen die Umsätze auf dem Frankfurter Parkett sogar um 8% auf rund € 385 Mrd.

Die vielen positiven Nachrichten gerade aus der deutschen Wirtschaft wurden von den Marktteilnehmern praktisch ignoriert. Stattdessen schauten sie lieber auf die negativen Meldungen zur Euro-Schuldenkrise oder zu den möglichen Ergebnissen der sogenannten Banken-Stresstests.

Wir freuen uns deshalb, dass wir Ihnen heute trotzdem über ein zumindest zufrieden stellendes Ergebnis für unser Geschäftsjahr 2010/2011 berichten können. Obwohl wir im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmals den Sonderposten des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von T€ 866 dotieren mussten, lag unser Ergebnis vor Steuern mit € 3,59 Mio. um gut 92% und unser Jahresüberschuss mit € 2,04 Mio. um fast 75% über dem Vorjahr. Ohne die Dotation des Sonderpostens würde unser Ergebnis vor Steuern bei € 4,46 Mio. (+139%) und unser Jahresüberschuss bei € 2,90 Mio. (+149%) liegen. Dieses Ergebnis ist das Resultat einer Kombination aus jahrelang gewachsenen engen Kundenbeziehungen, Qualität und Breite unseres Dienstleistungs- und Produktspektrums sowie striktem Kostenmanagement.

Hofften wir angesichts der schnellen Erholung der Weltwirtschaft nach der Lehman-Krise noch, dass auch die Finanzmärkte relativ schnell wieder in den „Normalzustand“ zurückfinden würden, müssen wir heute eher von einem anderen Szenario ausgehen: Angesichts der dramatischen Verschuldungssituation einzelner Länder, in Kombination mit einer nachlassenden Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft, wird der „Krisenmodus“ noch längere Zeit der „Normalzustand“ bleiben.

Denn für die Schuldenkrise in der Eurozone wird es ebenso wenig ein schnelles Wunderheilmittel geben wie für die Schuldenproblematik der USA und Japans. Vor kurzem hatte man noch darauf spekuliert, dass – verkehrte Welt – die aufstrebenden, wachstumsstarken Schwellenländer mit ihren riesigen Währungsreserven den alten Industrienationen zu Hilfe eilen könnten, um damit gleichzeitig die Aufwertung ihrer Währungen zu dämpfen. Heute muss man feststellen, dass sich zum Beispiel auch die BRIC-Staaten nicht von der Entwicklung auf den globalen Finanzmärkten abkoppeln können. Schließlich ziehen die krisengebeutelten ausländischen Investoren auch aus diesen Ländern in großem Umfang Mittel ab, um dringend benötigte Liquidität zu schaffen. Mittlerweile sehen sich einzelne Länder deshalb schon dazu veranlasst, ihre Währungen zu stützen.

Wenn die Politik heute im Vorfeld einer möglichen Insolvenz eines europäischen Landes die staatliche Zwangskapitalisierung von Banken diskutiert bzw. vorbereitet, heizt das die Diskussion über die künftige Rolle der Banken weiter an. Ganz zu schweigen von dem wachsenden Unmut der Steuerzahler, wieder einmal als Retter der Banken fungieren zu müssen. Üblicherweise reagiert der Gesetzgeber auf eine solche Entwicklung mit noch strengeren Regulierungen des Finanzsystems. Leider unterscheidet er dabei meistens nicht zwischen großen Banken und kleinen, eher mittelständisch geprägten Instituten. Der Bewegungsspielraum innerhalb des Dreiecks, bestehend aus Wettbewerb, Markt und Regulierung, wird deshalb gerade für kleinere Institute immer enger.

Wir können uns dieser Entwicklung nicht entziehen, werden aber weiter an der von uns verfolgten ertragsorientierten Unternehmensstrategie in Verbindung mit einem strikten Kostenmanagement festhalten. Dazu gehört, wie in der Vergangenheit, ein streng nachfrageorientiertes Dienstleistungsangebot.

Aufgrund unserer ausgesprochen soliden Eigenkapitalausstattung und unseres diversifizierten kunden- und ertragsorientierten Geschäftsmodells sind wir sicher, dass wir uns auch in einem sich deutlich verändernden Umfeld mehr als behaupten können.

Vorstand und Aufsichtsrat der Steubing AG planen deshalb, die traditionell aktionärsfreundliche Dividendenpolitik fortzusetzen, und der Hauptversammlung, die am 13. Dezember 2011 in Frankfurt stattfinden wird, die Ausschüttung einer Dividende von € 0,60 je Aktie vorzuschlagen.

Last but not least möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Aktionären für ihre Treue und Verbundenheit mit unserem Haus bedanken. Ein besonderer Dank gilt unseren Mitarbeitern, die durch ihr engagiertes und professionelles Agieren trotz der schwierigen Bedingungen an den Märkten ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielen konnten. Das alles wäre aber nicht möglich gewesen ohne das Vertrauen unserer Kunden. Ihnen gehört deshalb unser größter Dank.

Der Vorstand



Dr. Jochen Grossmann



Alexander Caspary



Kai Jordan

AKTIVA

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		11.974,49	11.974,49	29
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		23.663.457,44		21.479
b) andere Forderungen		13.546.688,66	37.210.146,10	13.605
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von anderen Emittenten		8.626.085,39	8.626.085,39	11.362
4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.855.000,00	1.855
4a. Handelsbestand			5.376.549,35	976
5. Beteiligungen			157.698,77	158
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten				
EUR 5.000,00				
6. Anteile an verbundenen Unternehmen			55.000,00	55
7. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Werte und Rechte		0,00		–
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		87.678,00		208
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00	87.678,00	0
8. Sachanlagen			299.453,55	389
9. Eigene Aktien oder Anteile			–	650
10. Sonstige Vermögensgegenstände			3.812.559,82	4.537
11. Rechnungsabgrenzungsposten			328.406,81	339
12. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			70.761,36	0
Summe der Aktiva			57.891.313,64	55.642

PASSIVA

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		621.365,00	621.365,00	725
2a. Handelsbestand			2.548.807,99	392
3. Sonstige Verbindlichkeiten			2.117.319,69	2.134
4a. Passive latente Steuern			16.855,12	–
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		0,00		632
b) Steuerrückstellungen		358.182,47		532
c) andere Rückstellungen		1.563.082,60	1.921.265,07	1.128
6. Fonds für allgemeine Bankrisiken			866.170,26	0
davon Zuführung gem. § 340e Abs. 4 HGB EUR 866.170,26				
7. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		11.350.000,00		22.700
rechnerischer Wert eigene Aktien oder Anteile EUR 100.000,00		–100.000,00		–
b) Kapitalrücklage		35.044.530,51		24.604
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	0,00			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
cd) Rücklage für eigene Aktien oder Anteile	–			650
ce) andere Gewinnrücklagen	100.000,00	100.000,00		442
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		3.405.000,00	49.799.530,51	1.703
davon Gewinnvortrag EUR 15.000 (Vj. EUR 45.000)				
Summe der Passiva			57.891.313,64	55.642

	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	0,00		0
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,00	0,00	0

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 01. Juli 2010 bis 30. Juni 2011

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	164.349,81			73
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	336.372,68	500.722,49		359
2. Zinsaufwendungen		11.988,01	488.734,48	9
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		77.498,09		139
b) Beteiligungen		67.490,67		95
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	144.988,76	0
4. Provisionserträge		23.491.779,02		13.505
davon:				
a) Courtageerträge EUR 11.638.063,70				
5. Provisionsaufwendungen		12.547.826,13	10.943.952,89	7.893
davon:				
a) Courtageaufwendungen EUR 10.397.987,95				
6a. Ertrag des Handelsbestands		13.052.603,79		17.412
davon:				
a) Wertpapiere EUR 9.217.127,28				13.048
b) Futures EUR 0,00				0
d) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften EUR 3.826.643,10				4.364
e) Devisen EUR 8.833,41				0
6b. Ertrag des Handelsbestands		4.444.413,289	8.608.190,51	5.539
davon:				
a) Wertpapiere EUR 4.293.400,12				5.348
b) Futures EUR 3.313,21				0
c) Optionen EUR 5.150,04				4
d) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften EUR 102.314,34				186
e) Devisen EUR 40.235,57				0
7. Sonstige betriebliche Erträge			462.957,63	449
davon:				
Erträge aus der Währungsumrechnung EUR 4.939,71				
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	7.404.884,77			7.570
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter:	819.998,19	8.224.882,96		898
für Altersversorgung EUR 188.503,22 (Vj. EUR 240.346,59)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		7.608.515,57	15.833.398,53	7.637
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			283.891,70	335
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			131.532,48	236
davon:				
Aufwendungen aus der Währungsumrechnung EUR 22.225,40				
11. Einstellung Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340e HGB			866.170,26	0
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			3.533.831,30	1.915
Übertrag			3.533.831,30	1.915

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 01. Juli 2010 bis 30. Juni 2011

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
Übertrag			3.533.831,30	1.915
13. Außerordentliche Erträge		102.175,43		0
davon:				
Erträge aus der Anwendung der Übergangsvorschriften BilMog EUR 102.175,43				
14. Aufwendungen aus der Anwendung		46.846,00		50
davon:				
Aufwendungen aus der Anwendung der Übergangsvorschriften BilMog EUR 46.846,00				
15. Außerordentliches Ergebnis		55.329,43	55.329,43	-50
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.551.552,82		695
davon:				
Aufwendungen aus der Anwendung latenter Steuern EUR 16.855,12				
17. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen		0,00	1.551.552,82	2
18. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			2.037.607,91	1.168
19. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			15.000,00	45
20. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			909.935,630	0
21. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00		0
d) aus der Rücklage für eigene Anteile		450.000,00		0
e) aus anderen Gewinnrücklagen		442.456,46	892.456,46	490
22. Erträge aus der Kapitalherabsetzung			11.350.000,00	0
23. Einstellung in die Kapitalrücklage			11.350.000,00	0
24. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage		0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen		0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen		450.000,00	450.000,00	0
			442.456,46	490
25. Bilanzgewinn			3.405.000,00	1.703

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Berichtszeitraum umfasst das Wirtschaftsjahr vom 01.07.2010 bis 30.06.2011.

Wertpapierhandelsbanken unterliegen den ergänzenden Vorschriften für Unternehmen bestimmter Geschäftszweige nach §§ 340 ff. HGB. Der vorliegende Jahresabschluss wurde unter Beachtung dieser Vorschriften, insbesondere § 340 Abs. 4 und § 340 a HGB erstellt. Hinsichtlich der in § 340 a Abs. 2 Satz 2 HGB genannten Formblätter wird auf die „Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute“ (RechKredV) vom 11. Dezember 1998 verwiesen.

Das Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurde erstmals bei der Bilanzerstellung zum 30.06.2011 angewendet. Es wurde eine Anpassungsbilanz zum 01.07.2010 erstellt. Der Ausweis der Vorjahreszahlen wurde für die neuen Bilanzpositionen Handelsbestand aktiv und passiv angepasst. (siehe Tz. 20)

Bei der Bewertung wurden die Vorschriften der §§ 252 ff. HGB zugrundegelegt. Danach wurden die Wertansätze zu Anschaffungs- und Herstellungskosten vorgenommen, soweit nicht ein niedrigerer Wertansatz nach Handelsrecht geboten war.

Die Barreserven, Forderungen an Kreditinstitute, festverzinsliche Wertpapiere und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert angesetzt. Wertberichtigungen waren nicht erforderlich.

Die Bewertung der Aktien und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere wurde nach § 253 Abs. 1 HGB vorgenommen, soweit es sich um Aktien des Anlagebestandes handelt. Die Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurden gemäß § 340 e Abs. 3 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages bewertet. Der Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ wurde gemäß § 340 e Abs. 4 HGB gebildet.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Danach erfolgte die Aktivierung zu Anschaffungskosten oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren Kurswert bei dauerhafter Wertminderung.

Die Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens wurden entsprechend ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Aufgliederung der Absetzung für Abnutzung ergibt sich aus dem beigefügten Anlagespiegel.

Die im Wirtschaftsjahr 2010/2011 angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter wurden bis zu € 150,00 sofort abgeschrieben. Für die Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen € 150,00 und € 1.000,00 wurde ein Sammelposten gebildet und auf 5 Jahre linear abgeschrieben.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten die Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für die nächste Berichtsperiode darstellen.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des zu erwartenden Erfüllungsbetrages gebildet. Die Bewertung der Pensionszusage wurde auf der Basis der Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck vorgenommen.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sind mit den Referenzkursen der Europäischen Zentralbank zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt in Anlehnung an § 340 h HGB.

Von den Vorschriften der §§ 340 f und 340 g HGB wurde kein Gebrauch gemacht. Nach § 340 e Abs. 4 HGB wurde der gesetzlich vorgeschriebene Anteil von 10% des Nettoertrages aus Handelsbeständen in die Rücklage nach § 340 g HGB eingestellt.

II. Erläuterungen zur Bilanz

1. Forderungen an Kreditinstitute

- In den Forderungen sind die anteiligen Zinsen zum 30. Juni 2011 enthalten.
- Die Restlaufzeit beträgt weniger als 3 Monate.
- Als Sicherheit für die von den Kreditinstituten begebenen Miet- und Börsengarantien bzw. Bürgschaften und Avale sind Festgelder in Höhe von T€ 3.562 verpfändet.
- Zur Besicherung der Ansprüche aus den getroffenen Clearing- und Abwicklungsvereinbarungen hat die Gesellschaft der CACEIS Bank Deutschland GmbH ein vertragliches Pfandrecht an den von ihr bei dieser Bank unterhaltenen Handelskonten und -depots eingeräumt. Zum Prüfungsstichtag wurden auf diesen Konten Guthaben in Höhe von T€ 17.918 unterhalten.

2. Anteilsbesitz § 285 Nr. 11 HGB

Mars Siebenunddreißigste Vermögensverwaltungs AG, mit Sitz in Frankfurt am Main:

- Höhe des Anteils am Kapital 100,00%
- Grundkapital € 50.000,00
- Buchwert € 55.000,00
- Ergebnis zum 31.12.2010 € - 663,75

SDB Steubing Derivates Brokerage GmbH, mit Sitz in Bad Homburg v.d.H.:

- Höhe des Anteils am Kapital 49,90%
- Grundkapital € 150.000,00
- Buchwert € 152.698,77
- Ergebnis zum 30.06.2011 € 193.382,36

3. Anlagenspiegel

Die Entwicklung des Anlagevermögens zum 30. Juni 2011 erfolgte gemäß den Vorschriften des § 268 Abs. 2 HGB und § 34 Abs. 3 RechKredV. Der Anlagenspiegel ist als Anlage beigefügt.

4. Aufteilung nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren in €

Bilanzposten	börsennotiert	nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.626.085,39	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.855.000,00
Handelsbestand aktiv	5.376.549,35	
Handelsbestand passiv	2.548.807,99	
Beteiligungen		157.698,77
Anteile an verbundenen Unternehmen		55.000,00

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere sind bis auf € 157.698,77 börsenfähig.

Der Risikoabschlag wurde gem. IDW RS BFA 2 Ziffer 55 in Höhe der Differenz zwischen unrealisierten Gewinnen und Verlusten aller im Portfolio des Handelsbestands enthaltenen Finanzinstrumente mit € 107.885,73 gebildet.

5. Niederstwertprinzip der börsenfähigen Wertpapiere

Der gesamte Posten – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Der gesamte Posten – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – wurde nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Der gesamte Posten – Handelsbestand – wurde mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich des Risikoabschlages gem. § 340 e Abs. 3 HGB bewertet.

6. Sachanlagen

Der Gesamtbetrag der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt € 299.453,55.

7. Eigene Aktien

Die Hauptversammlung hat am 10. Dezember 2009 die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, nach der Aufnahme des Handels in den Aktien der Gesellschaft an einer deutschen Wertpapierbörse eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie im elektronischen Handelssystem der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra-Schlusskurs) oder eines Nachfolgesystems an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zwecke erworbenen Aktien am Ende eines jeden Kalendertages 5% des Grundkapitals der Steubing AG nicht übersteigen. Die Ermächtigung wird für einen Zeitraum von 5 Jahren, gerechnet vom Tag der Beschlussfassung, erteilt. Im Berichtsjahr wurde von dieser Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Die Hauptversammlung hat ferner gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG die Gesellschaft ermächtigt, eigene Aktien zu marktgerechten Bedingungen für andere Zwecke zu kaufen und zu verkaufen.

Marktgerecht bedeutet, dass nach der Aufnahme des Handels in den Aktien der Gesellschaft an einer deutschen Wertpapierbörse die Preise für den Kauf bzw. Verkauf an den drei vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über bzw. unter dem durchschnittlichen XETRA-Schlusskurs der Aktie liegen dürfen. Marktgerecht vor Aufnahme des Handels bedeutet, dass die Aktien zu Preisen, die sich aus der Fortschreibung einer von einer anerkannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft entwickelten Wertfindungssystematik ergeben und diese um nicht mehr als 10% über- oder unterschreiten, gekauft oder verkauft werden können. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages 10% des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen.

Die Gesellschaft soll damit in die Lage versetzt werden, in geeigneten Einzelfällen Unternehmen oder Beteiligungen nicht nur im Weg einer Barkaufpreiszahlung, sondern auch im Weg einer Sachleistung durch Überlassung von Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Aus diesem Grund wird das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Im Berichtszeitraum wurden keine Aktien gem. § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ge- oder verkauft.

Es werden noch 50.000 Stück Aktien nach § 71 Abs. 1 Nr. 2 AktG zu einem Gesamtpreis von € 50.000,00 ausgewiesen. Der Anteil dieser Aktien am Grundkapital beträgt 0,88% bzw. € 100.000,00 und wird gem. § 272 Abs. 1a HGB offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und rechnerischem Wert von € 450.000,00 wurde gem. § 272 Abs. 1a HGB mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet.

8. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt auf:	T€
LV-Rückdeckungsansprüche	1.306
Körperschaftsteuer-Rückforderung	1.254
Gewerbsteuer-Rückforderung	808
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	67
Übrige Forderungen	377
Summe	<u>3.812</u>

9. Aktiver Unterschied aus der Vermögensverrechnung

Die Pensionsrückstellung wurde mit der Rückdeckungsversicherung verrechnet. Die Aufgliederung stellt sich wie folgt dar:

	T€
Pensionsrückstellung nach BilMoG (Erfüllungsbetrag)	677
Rückdeckungsversicherung (beizulegender Zeitwert)	747
Saldo nach Verrechnung	<u>70</u>

Die Berechnung erfolgte nach der Sterbetafel 2005 (Prof. Heubeck) unter Verwendung der Projected Unit Credit Methode (PUCM) und eines Rechnungszinses von 5,23%. Die Rentensteigerung und die Gehaltssteigerung sind nicht zu ermitteln, da die Zusage auf einen festen Betrag lautet.

10. Entwicklung der Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ergibt sich aus der beigefügten Anlage.

11. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt auf:	T€
Verbindlichkeiten Tantiemen WJ 2010/2011	1.606
Lieferantenverbindlichkeiten	448
Umsatzsteuer	47
Abzugssteuer § 50a EStG	16
Summe	<u>2.117</u>

12. Grundkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft entfällt in vollem Umfang auf Inhaberaktien. Das Kapital ist eingeteilt in 5.675.000 Aktien ohne Nennwert. Die Hauptversammlung vom 14.12.2010 hat die ordentliche Kapitalherabsetzung um € 11.350.000,00 beschlossen. Die durch die Kapitalherabsetzung frei gewordenen Mittel von € 11.350.000,00 wurden in die freien Kapitalrücklagen eingestellt. Das Grundkapital von € 11.350.000,00 ist in voller Höhe eingezahlt.

13. Aktien je Gattung

Das Kapital der Gesellschaft war zum Bilanzstichtag in 5.675.000 auf den Inhaber lautende, nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

14. Einstellungen und Entnahmen zu den Rücklagen in T€

	01.07.2010	Einstellungen	Entnahmen	UBwgBilmog Verrechnung	30.06.2011
Kapitalrücklage	24.604	11.350	909	0	35.045
Gewinnrücklagen	443	550	443	-450	100
Gesetzliche Rücklage	0	0	0	0	0
Rücklage für eigene Anteile	650	0	550	-100	0
Summe	25.697	11.900	1.902	-550	35.145

15. Fristengliederung § 340 d HGB i.v.m. § 9 RechKredV in T€

Die Restlaufzeit gliedert sich wie folgt:

	Gesamt- betrag	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
andere Forderungen an Kreditinstitute	13.547	13.547	0	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.626			5.731	2.895
Forderungen an Kunden	0	0	0	0	0

16. Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der in Fremdwährung lautenden Forderungen gegenüber Kreditinstituten beträgt € 720.839,90, die in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen € 596.026,75. Grundlage für die Umrechnung ist der Tageskurs zum Abschlussstichtag.

Der Gesamtbetrag der in Fremdwährung lautenden sonstigen Vermögensgegenstände beträgt € 3.070,36. Die in Fremdwährung lautenden sonstigen Verbindlichkeiten betragen € 663,64. Grundlage für die Umrechnung ist der Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag.

17. Gewinnverwendungsvorschlag

Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns an den Aufsichtsrat gem. § 170 (2) AktG:

Der Bilanzgewinn der Gesellschaft i.H.v. € 3.405.000,00 soll nach dem Vorschlag des Vorstandes vorbehaltlich der Beschlussfassung durch die Hauptversammlung wie folgt verwendet werden:

Verteilung an die Aktionäre (€ 0,60 je Aktie)	€ 3.405.000,00
abzüglich Dividende auf eigene Aktien der Gesellschaft	€ 30.000,00
Einstellung in die Gewinnrücklage gem. § 58 (3) S.1 AktG	€ 0,00
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	€ 30.000,00
Bilanzgewinn zum 30.06.2011	<u>€ 3.405.000,00</u>

18. Derivate

Zum Bilanzstichtag befanden sich keine Derivate im Bestand der Gesellschaft.

19. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB liegen nicht vor.

20. Vorjahreswerte

Zur Herstellung einer besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte der Handelsbestände an den neuen Ausweis nach BilMoG angepasst. Der im Vorjahr noch unter der Position – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – ausgewiesene Handelsbestand i.H.v. T€ 976 wurde in die neue Aktivposition – Handelsbestand – umgliedert. Die im Vorjahr unter der Position – sonstige Verbindlichkeiten – ausgewiesene Eindeckungsverpflichtung Wertpapiere i.H.v. T€ 392 wurde in die neue Passivposition – Handelsbestand – umgliedert.

III. Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Ertrag und Aufwand des Handelsbestands

Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurden die ehemaligen GuV-Positionen „Ertrag und Aufwand aus Finanzgeschäften“ durch die neuen Positionen „Ertrag und Aufwand des Handelsbestands“ ersetzt. Den neuen Positionen sind nur noch diejenigen Geschäfte zuzuordnen, die ein Institut aus eigener Initiative und auf eigene Rechnung betreibt, um künftige Kursschwankungen zu eigenen Gunsten auszunutzen. Hiervon sind alle Geschäfte, die auf Kundenaufträgen basieren und bei denen der Dienstleistungscharakter überwiegt, abzugrenzen.

Die Erträge und Aufwendungen aus Geschäften im Kundeninteresse, bei denen das Vorliegen des überwiegenden Dienstleistungscharakters eindeutig dokumentierbar ist, werden daher unter den Provisionserträgen und -aufwendungen ausgewiesen. Da diese im Vorjahr zulässigerweise noch unter den Erträgen und Aufwendungen aus Finanzgeschäften enthalten sind, sind die Vorjahreszahlen für die vier GuV-Positionen nicht vergleichbar.

2. Abschreibungen

Die Abschreibungen ergeben sich aus dem beigefügten Anlagenspiegel. Außerplanmäßige Abschreibungen waren nicht vorzunehmen.

3. Sonstige wichtige Einzelbeträge

In dem Posten – sonstige betriebliche Erträge – und in dem Posten – sonstige betriebliche Aufwendungen – sind keine wichtigen Einzelbeträge enthalten.

4. Aufteilung der Ertragssteuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen in Höhe von € 1.533.888,90 auf die normale Geschäftstätigkeit und in Höhe von € 17.663,92 auf das außerordentliche Ergebnis.

5. Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar ergibt sich wie folgt:

a) Abschlussprüfungsleistungen	T€ 84
b) andere Bestätigungsleistungen	T€ 40

IV. Sonstige Angaben

1. Geschäftsführungsorgan

Der Vorstand der Aktiengesellschaft besteht aus den Herren:

Dr. Jochen Grossmann, Dipl. Volkswirt, Haibach
Alexander Caspary, Dipl. Informatiker, Frankfurt am Main
Kai Jordan, Bankkaufmann, Neu Isenburg

Herr Dr. Jochen Großmann ist Mitglied im Aufsichtsrat der folgenden Gesellschaften:

Tosca, Tosca Opportunity, Tosca Mid Cap, Tosca Emerging Markets vormals Tosca Asia/Africa, Tosca Metriks, Tosca Infrastructure, Tosca Focus.

Herr Kai Jordan ist Geschäftsführer der SDB Steubing Derivatives Brokerage GmbH. Zudem ist Herr Jordan Vorstand beim Bundesverband der Wertpapierfirmen.

Die Gesamtbezüge für die Geschäftsführung betragen im Berichtszeitraum T€ 964. Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung belaufen sich im Geschäftsjahr auf T€ 250. Die für frühere Mitglieder der Geschäftsführung gebildeten Rückstellungen für Pensionen betragen per 30.06.2011 T€ 677.

2. Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind

Wolfgang Steubing, Bankkaufmann, Frankfurt/Main (Vorsitzender)
Frank Wiebols, Rechtsanwalt/Notar a. D., Frankfurt/Main (stellv. Vorsitzender)
Ernst J. Neumeier, Steuerberater/Rechtsbeistand, Maintal
Christoph Bokelmann, geschäftsführender Gesellschafter der Christoph Bokelmann GmbH, Frankfurt/Main
Achim Vandreike, Bürgermeister a. D., Frankfurt/Main
Dietmar Schmid, Vorsitzender des Verwaltungsrats der BHF Bank AG, Frankfurt/Main

Die im Berichtsjahr gewährten Gesamtbezüge für das Geschäftsjahr 2009/10 betragen € 149.940,00.

3. Nicht bilanzierte Verpflichtungen

Gemäß § 251 HGB:

Zum Bilanzstichtag bestanden keine nicht bilanzierten Verbindlichkeiten im Sinne von § 251 HGB.

Sonstige nicht bilanzierte Verpflichtungen:

Zum 30. Juni 2011 bestanden Verpflichtungen aus Mietverträgen für Büroräume und Garagen sowie aus Leasingverträgen. Die Gesamtverpflichtung beträgt zum Bilanzstichtag € 669.757,92. Die durchschnittliche Laufzeit beträgt 17 Monate.

Aus Vereinbarungen mit ehemaligen Mitarbeitern bestehen Abfindungsverpflichtungen. Diese sind auf einen Betrag von € 200.000,00 pro Geschäftsjahr und insgesamt noch auf einen Betrag von € 100.000,00 beschränkt.

4. Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten

Im Wirtschaftsjahr 2010/2011 wurden durchschnittlich 63 Mitarbeiter beschäftigt.

5. Mitteilungspflichtige Beteiligungen

Mitteilungspflichtige Beteiligungen im Sinne von § 160 (1) Nr 8 AktG liegen nicht vor.

Frankfurt am Main, im September 2011

Vorstand der Wolfgang Steubing AG:



Dr. Jochen Grossmann



Alexander Caspary



Kai Jordan

Brutto-Anlagenspiegel zum 30. Juni 2011

	Anschaffungs-, Herstellungskosten 01. Juli 2010 EUR	Zugänge – Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Kumulierte Abschreibungen 30. Juni 2011 EUR	Abschreibungen – Zuschreibungen vom 01. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 EUR	Buchwert 30. Juni 2011 EUR	Buchwert 30. Juni 2010 EUR
EDV-Software	221.533,77	– 38.551,41		182.982,36	0,00	0,00	0,00
PKW	117.646,82			89.408,82	13.555,00	28.238,00	41.793,00
Büroeinrichtung	1.116.404,16	31.447,80 – 162.136,98		821.062,43	51.766,80	164.652,55	184.971,55
Büroeinrichtung vormals Hamburg	4.723,88			3.449,88	467,00	1.274,00	1.741,00
EDV-Anlagen	744.953,64	16.326,86 – 22.072,05		695.087,45	66.128,86	44.121,00	93.923,00
EDV-Anlagen vormals Hamburg	8.590,53			8.590,53	140,00	0,00	140,00
Standard-Software	913.769,54	6.852,90		832.944,44	127.323,90	87.678,00	208.149,00
Einbauten	1.047.882,29	9.598,53		1.014.118,82	16.088,53	43.362,00	49.852,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.456,63	1.582,53 – 3.400,66		3.638,50	1.582,53	0,00	0,00
Wirtschaftsgüter Sammelposten	26.587,58	7.597,08		16.378,66	6.839,08	17.806,00	17.048,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	55.000,00				0,00	55.000,00	55.000,00
Beteiligungen	157.698,77				0,00	157.698,77	157.698,77
Wertpapiere mit Gewinnbeteiligungsansprüchen	1.855.000,00				0,00	1.855.000,00	1.855.000,00
	6.275.247,61	73.405,70 – 226.161,10		3.667.661,89	283.891,70	2.454.830,32	2.665.316,32

Entwicklung der Rückstellungen im Geschäftsjahr 2010/2011

	Stand 01. Juli 2010 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung/ Umgliederung EUR	Zuführung EUR	Stand 30. Juni 2011 EUR
1. Pensionsrückstellungen	631.690,00	0,00	631.690,00	0,00	0,00
2. Steuerrückstellungen					
Gewerbesteuer	324.834,00	324.834,00	0,00	189.028,00	189.028,00
Körperschaftsteuer	207.332,05	206.935,42	396,63	169.154,47	169.154,47
	532.166,05	531.769,42	396,63	358.182,47	358.182,47
3. Sonstige Rückstellungen					
Buchführungskosten	60.000,00	53.919,86	6.080,14	65.000,00	65.000,00
EDW-Umlage	463.000,00	63.000,00	11.786,65	444.000,00	832.213,35
Sonstige Kosten London Branch	5.000,00	5.000,00	0,00	0,00	0,00
Urlaubsansprüche	74.300,00	74.300,00	0,00	66.300,00	66.300,00
Sonstiges	345.500,00	287.856,31	43.268,69	361.034,50	384.409,50
Prüfungs- und Jahresabschlusskosten	180.000,00	152.950,52	14.889,73	203.000,00	215.159,75
	1.127.800,00	628.026,69	76.025,21	1.139.334,50	1.563.082,60
	2.291.656,05	1.159.796,11	708.111,84	1.497.516,97	1.921.265,07

I. Allgemeine Angaben

Die Firma Wolfgang Steubing GmbH wurde 1987 gegründet und mit notariellem Vertrag vom 28. Januar 1999 in die Firma Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister (nachfolgend Steubing AG) umgewandelt. Der Formwechsel wurde wirksam mit Eintragung im Handelsregister am 25. Mai 1999 unter HRB 47167. Die Gesellschaft hat seit Januar 2000 den Status einer Wertpapierhandelsbank. Das Kerngeschäft ist die Tätigkeit als Wertpapierbroker für inländische und ausländische Wertpapiere. Diese Aktivitäten umfassen den Handel als Makler an den wichtigsten deutschen Börsen, Orderausführung auf XETRA®, Tätigkeit als Spezialist an der Frankfurter Wertpapierbörse, International Trading sowie Eigenhandel und Integriertes Orderflow Management. Die Gesellschaft ist darüber hinaus in den Segmenten Sales, Sales Trading, Designated Sponsoring, Research und Capital Markets/Corporate Advisory aktiv und betreibt in kleinem Umfang die Finanzportfolioverwaltung.

Im Vermittlungsgeschäft tritt die Gesellschaft als Makler zwischen den an den Börsen in Hamburg, Hannover, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, München und Stuttgart zugelassenen Marktteilnehmern sowie auf dem außerbörslichen Markt auf. Gegenstand dieser Vermittlergeschäfte können alle an diesen Börsen gehandelten Aktien sein, z.B. DAX®-Werte, MDAX®-Werte, Nebenwerte, ausländische Titel, Optionsscheine und Anleihen sowie Wertpapiere, die auf dem außerbörslichen Markt gehandelt werden. In den von der Deutschen Börse AG veröffentlichten Umsatzranglisten der verschiedenen Marktsegmente belegt die Steubing AG regelmäßig vordere Plätze.

Als Spezialist an der Frankfurter Wertpapierbörse (bis Mai 2011: Skontroführer) betreut die Gesellschaft rund 1.000 Wertpapiere im Regulierten Markt sowie im Open Market und tritt hier u.a. als Liquiditätsspender auf.

Seit 05. August 2004 ist die Gesellschaft zur Teilnahme am Handel mit Wertpapieren, ausgenommen Optionsscheine, über das elektronische Handelssystem XETRA® an der Wiener Börse berechtigt. Seit Juli 2005 ist die Steubing AG Mitglied an der London Stock Exchange. Im Februar 2006 wurde die Mitgliedschaft an der Euronext erworben.

Die Gesellschaft unterhält eine unselbständige Zweigstelle in Frankfurt am Main, Börsenplatz 7-11, die nicht im Handelsregister eingetragen ist.

II. Geschäftsverlauf

Das Umfeld im traditionellen Kerngeschäftsfeld der Steubing AG, dem Wertpapierhandel, war im Geschäftsjahr 2010/2011 schwierig und von Unsicherheit und Zurückhaltung geprägt. Insbesondere in den zweiten sechs Monaten fokussierten die Marktteilnehmer mehr auf die negativen Nachrichten, wie die Schuldenkrise in der Euro-Peripherie (v.a. Griechenland), Banken-Stresstests oder die rapide steigende Staatsverschuldung der USA, als auf die positiven Nachrichten aus der deutschen Wirtschaft. So konnten die Börsenindizes in unserem Geschäftsjahr insgesamt zwar kräftige Gewinne verzeichnen, jedoch seit Januar 2011 das zuvor gezeigte Wachstum nicht beibehalten. Nachdem der DAX® in den ersten sechs Monaten unseres Geschäftsjahres noch um 15,9% auf 6.914,19 Punkte angestiegen war, schwächte sich der Auftrieb des wichtigsten deutschen Aktienindex danach ab. Der DAX® legte zwischen Januar und Juni 2011 nur noch 6,68% zu, um das Geschäftsjahr bei 7.376,24 Punkten zu beschließen.

Noch gravierender machten sich die Unsicherheit und die damit verbundene Zurückhaltung der Investoren bei den Börsenumsätzen bemerkbar. Lagen die Umsätze auf XETRA® in den ersten drei Quartalen unseres Geschäftsjahres noch jeweils über dem Vorjahresniveau, war das Schlussquartal mit einem Minus von 18% deutlich schwächer. Im Jahresvergleich stagnierten die XETRA®-Umsätze damit beinahe unverändert auf einem Niveau von €2,6 Bil. Auf dem Frankfurter Parkett fielen die Umsätze in dieser Zeit sogar um 8% auf rund €385 Mrd. Dennoch konnte die Steubing AG, deren Ergebnis traditionell stark mit der Entwicklung der Börsenumsätze korreliert, ihren Rohertrag im Vergleich zum Vorjahr um 10,7% steigern. Die Steubing Derivatives Brokerage GmbH, ein Joint Venture mit der in Bad Homburg ansässigen Independent Derivatives Consulting AG (IDC AG), hat sich im Segment Derivatehandel ebenfalls respektabel „geschlagen“. Dagegen haben wir uns von dem erst im vorangegangenen Geschäftsjahr auf-

gebauten kleinen Händler-Team für Produkte der europäischen Derivate-Börse EUREX wieder getrennt. Aufgrund des veränderten Börsenumfelds und regulatorischer Änderungen wie zum Beispiel den Leerverkaufs-Verboten war eine positive Entwicklung nicht zu erwarten. Wie schon in unserem Bericht zum 31. Dezember 2010 erwähnt, wurde die Spezialistentätigkeit auf der Derivatebörse Scoach zum 31. März 2011 beendet, nachdem wir uns mit der Scoach Europa AG nicht über eine für uns auskömmliche Vergütungsstruktur einigen konnten.

Dass es uns trotz der stagnierenden Handelsumsätze gelungen ist, ein deutlich besseres Ergebnis als im Vorjahr zu erzielen, resultiert aus mehreren Punkten. Zum einen ist hierfür unser hohes Kostenbewusstsein verantwortlich, zum anderen liegt es an der Qualität der von uns angebotenen Dienstleistungen und, darauf aufbauend, den jahrelang gewachsenen engen Kundenbeziehungen. Darüber hinaus trägt der von uns parallel mit Sales und Research in den vergangenen Jahren aufgebaute Bereich Capital Markets/Corporate Advisory langsam Früchte, obwohl sich auch dieses Geschäftsfeld in einem herausfordernden Umfeld bewegte. Zwar stieg in 2010/2011 die Zahl der Börsengänge weltweit auf 1.458 mit einem Volumen von USD 296 Mrd. an. Dieser Anstieg war aber insbesondere durch die Schwellenländer getrieben. Im Vorjahr wurden bei weltweit 1.050 Emissionen USD 202 Mrd. Erlöst. Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse wagten im Laufe unseres Geschäftsjahres zehn Unternehmen den Sprung auf das Parkett, wobei nicht nur die recht großen Emissionspreisspannen, sondern auch die Kursentwicklung nach dem IPO deutliche Hinweise auf die nach wie vor existente Unsicherheit bzw. Zurückhaltung der Kapitalmarktteilnehmer geben. Ein weiteres Indiz dafür ist die Tatsache, dass allein im Schlussquartal unseres Geschäftsjahres weltweit 98 Börsengänge abgesagt wurden – die höchste Rate seit dem Jahr 2000.

Dennoch konnte der Bereich Capital Markets/Corporate Advisory im Zusammenspiel mit den Abteilungen Sales, Handel und Research mehrere Transaktionen erfolgreich abschließen und dadurch einen positiven Ergebnisbeitrag leisten. So hat die Steubing AG die Kapitalerhöhungen der SAF Holland S.A. (€ 140 Mio., Co-Lead-Manager) und der ItN Nanovation AG (€ 11 Mio., Sole Global Coordinator) begleitet, den Vorstand der GSW Immobilien AG bei der Vorbereitung und Durchführung des € 468 Mio. schweren IPOs beraten und das Aktienrückkaufprogramm der IFA Hotels & Touristik AG durchgeführt. Besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erlangte die von der Steubing AG als Sole Lead Manager koordinierte Anleihe-Emission (€ 30 Mio.) der Golden Gate AG, handelte es sich hierbei doch um das erste Papier im neu geschaffenen Entry Standard für Anleihen an der Frankfurter Wertpapierbörse. Darüber hinaus ist es unserem Sales Team gelungen, eine sehr viel stärkere Rolle als in der Vergangenheit im Bereich Anleihe-Neuemissionen zu spielen. Nur dadurch sind wir in der Lage, Anleiheemissionen auch selbst zu führen.

Daneben richtete die Steubing AG, neben einer im November 2010 in Zusammenarbeit mit der Deutsche Börse AG durchgeführten Konferenz in Zürich, im Juni 2011 ihre mittlerweile 3. Investorenkonferenz in Frankfurt aus. Sieben Unternehmen, darunter mit ThyssenKrupp ein DAX®- und mit BayWa ein MDAX®-Titel, präsentierten sich im Rahmen von Vorträgen und One-on-One-Gesprächen rund 70 Investoren und Analysten, womit die Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr erneut gesteigert werden konnte. Zudem hat die Abteilung Research die „Coverage“ für die Aktien der Rheinmetall AG (Automobilzulieferung und Wehrtechnik) und der Aixtron SE, einem Anbieter von Depositionsanlagen für die Halbleiter-Industrie, aufgenommen. Das Portfolio der von der Steubing AG beobachteten und regelmäßig kommentierten Aktien umfasst damit nun über 30 Titel.

Eine Zäsur in technischer, rechtlicher und organisatorischer Hinsicht hat der Geschäftsbereich Skontroführung erfahren. Um die Zukunfts- und Konkurrenzfähigkeit der Frankfurter Wertpapierbörse zu sichern hat die Deutsche Börse AG zum 23. Mai 2011 den Parketthandel in mehrfacher Hinsicht neu strukturiert:

- XETRA Frankfurt 2 statt XONTRO: Der Parketthandel wurde vollständig auf die etablierte XETRA Frankfurt 2-Technologie migriert, um die Attraktivität des Börsenplatzes auch bei ausländischen Investoren zu steigern.
- Wechsel ins Privatrecht: War die Beziehung zwischen Deutscher Börse und Skontroführern bislang im Rahmen des Öffentlichen Rechts organisiert, so steht die Steubing AG – nunmehr als Spezialist – jetzt in einem privatrechtlichen Verhältnis zur Deutsche Börse AG. Das soll die Reaktionsfähigkeit und Beweglichkeit der Frankfurter Wertpapierbörse steigern.
- Straffes Performancekonzept: Um das Qualitätsversprechen des Marktplatzes gegenüber den Anlegern einzuhalten („Das Beste aus zwei Welten“, siehe auch www.dasparkettderzukunft.de), hat die Deutsche Börse AG die Performance-Kriterien enorm erhöht. Für die Spezialisten geht dies mit einem veränderten Risikoprofil einher.

Die Steubing AG hat die mit der Migration zum 23. Mai 2011 verbundenen Herausforderungen dank ihrer personellen und technischen Ausstattung gut bewältigt. Der mit der Migration verbundene Wegfall der Erträge aus dem XONTRO-Orderrouting an den Börsenplatz Frankfurt konnte durch den Aufbau und die gezielte Vermarktung unseres Produkts „Integriertes Orderflow Management“ (IOM) zum Teil kompensiert werden. Perspektivisch sollte die Migration mit Blick auf den zu erwartenden Konsolidierungsprozess in der Branche Chancen eröffnen.

III. Wirtschaftliche Verhältnisse

Finanzlage

Die Finanzlage der Steubing AG war stets ausgezeichnet und geordnet. Zum Bilanzstichtag verfügt die Gesellschaft bei einem Eigenkapital von T€ 49.800 und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken von T€ 866 über liquide Mittel von T€ 37.222. Damit zählt die Steubing AG zu den finanzstärksten Finanzdienstleistern/Wertpapierhandelsbanken in Deutschland.

Ertragslage

Der Rohertrag konnte um 10,7 % von T€ 22.822 auf T€ 25.261 gesteigert werden, obwohl die XETRA®-Umsätze im Geschäftsjahres-Vergleich stagnierten und das Ergebnis der Steubing AG traditionell stark mit der Entwicklung der Börsenumsätze korrelierte. Dazu hat insbesondere das im Vergleich zum Vorjahr deutlich bessere Provisionsergebnis aus Platzierungs- und Beratungsgeschäft der Bereiche Capital Markets/Corporate Advisory und Sales beigetragen.

Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurden die ehemaligen GuV-Positionen „Ertrag und Aufwand aus Finanzgeschäften“ durch die neuen Positionen „Ertrag und Aufwand des Handelsbestands“ ersetzt. Erträge und Aufwendungen aus Geschäften im Kundeninteresse werden daher unter den Provisionserträgen und -aufwendungen ausgewiesen. Da diese im Vorjahr zulässigerweise noch unter den Erträgen und Aufwendungen aus Finanzgeschäften enthalten sind, sind die Vorjahreszahlen für die GuV-Positionen Provisionserträge und -aufwendungen sowie Ertrag und Aufwand des Handelsbestands nicht vergleichbar.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen konnten um knapp 2% gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden, somit liegt das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit rund 85% über dem Ergebnis des Vorjahres. Der Jahresüberschuss ist um fast 75% auf T€ 2.038 gestiegen.

Vermögenslage

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen. Die Vermögenswerte sind überwiegend kurzfristig liquidierbar.

Die Gesellschaft weist zum 30. Juni 2011 ein Grundkapital von T€ 11.350, abzüglich des rechnerischen Wertes der eigenen Anteile von T€ 100, eine Kapitalrücklage von T€ 35.045 sowie Gewinnrücklagen in Höhe von T€ 100 aus. Das Eigenkapital, inklusive Bilanzgewinn und Fonds für allgemeine Bankrisiken, beträgt damit zum 30. Juni 2011 insgesamt T€ 50.666. Dies führt zu einer Eigenkapitalquote von 87,5% zum Bilanzstichtag.

Die Steubing AG musste in diesem Geschäftsjahr erstmals den Sonderposten des Fonds für allgemeine Bankrisiken dotieren. Ohne diese gesetzliche Verpflichtung würde sich unser Jahresüberschuss auf T€ 2.904 belaufen. Er läge dann knapp 149% über dem Vorjahr. Zu diesem Ergebnis haben nicht nur die höheren Einnahmen aus Platzierungs- und Beratungsgeschäft beigetragen, sondern auch unser hohes Kostenbewusstsein und die daraus resultierende konsequente Schließung von auf Dauer nicht profitabel zu betreibenden Einheiten. Vor dem Hintergrund dieser angesichts des schwierigen Marktumfelds recht erfreulichen Ergebnisentwicklung planen Vorstand und Aufsichtsrat, der im Dezember 2011 in Frankfurt stattfindenden Hauptversammlung auf Basis des Bilanzgewinns in Höhe von T€ 3.405 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von € 0,60 (Vorjahr € 0,30) für das Geschäftsjahr 2010/11 vorzuschlagen.

IV. Personalentwicklung

Der Personalaufwand hat sich im Geschäftsjahr 2010/2011 von T€ 8.468 im Vorjahr um knapp 3% auf T€ 8.225 reduziert. Die Zahl der Mitarbeiter inklusive Vorstand und zwei Aushilfen ist dagegen im Berichtsjahr von 66 auf 59 gesunken, was durch Auflösung der Segmente Scoach und EUREX-Derivatehandel im Laufe des Geschäftsjahres begründet ist.

Zum 30. Juni 2011 wurden im Bereich Handel und Vermittlung 21 sowie im Bereich Sales und Sales-Trading acht Arbeitnehmer beschäftigt; im kaufmännischen Bereich mit Back-Office 12 sowie im IT-Bereich vier Personen. Im Bereich Research waren vier Arbeitnehmer und im Bereich Investor Relations/Public Relations ein Mitarbeiter tätig. Jeweils zwei Mitarbeiter waren in den Bereichen Revision und Capital Markets/Corporate Advisory tätig. Weiterbildungsseminare wurden bzw. werden für alle Mitarbeiter angeboten und durchgeführt.

V. Risikobericht

Als Wertpapierhandelsbank und als Spezialist unterliegt die Steubing AG der externen Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Deutsche Bundesbank.

Die Gesellschaft hat diverse Kontrollmaßnahmen eingerichtet, um Limiteinhaltung und Risikostruktur der eingegangenen Positionen jederzeit kontrollieren und steuern zu können. Zur Erfüllung der Organisationspflichten hat die Gesellschaft eine interne Revision eingerichtet, die die einzelnen Bereiche überwacht, sowie einen Geldwäschebeauftragten bestellt.

Adressenausfallrisiko

Die Adressenausfallrisiken können sich aus den gehaltenen eigenen Positionen und aus Forderungen an Kunden/Kontrahenten ergeben. Da die Steubing AG die Geschäfte kurzfristig abwickelt, liegt das rechnerische Adressenausfallrisiko gemäß SolvV des Handelsbuches regelmäßig unter 3% der Eigenmittel. Das Adressenausfallrisiko im Bereich des Anlagenbuches wird dadurch begrenzt, dass nur Positionen mit gutem Rating aufgenommen werden. Ferner werden die Positionen und deren Entwicklung von der Geschäftsleitung laufend überwacht.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken im Handel können als Kursrisiken im Rahmen der Eigengeschäfte oder der Eigenpositionen aus Aufgabengeschäften entstehen. Diese Risiken werden durch das Risk-Management während der Handelszeiten überwacht und klein gehalten. Die rechnerischen Marktpreisrisiken aus dem Handelsbuch gemäß SolvV lagen bei Geschäftstageschluss im Durchschnitt deshalb nur bei 3-4% der Eigenmittel.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken werden durch das Risiko-Controlling laufend überwacht und bei der Kapitalunterlegung berücksichtigt. Die Aktiva der Steubing AG bestehen regelmäßig zu 40-70% aus Forderungen an andere Kreditinstitute, die ihrerseits gute bis sehr gute Ratings aufweisen.

Die Verbindlichkeiten bis zu einem Jahr Laufzeit betragen andererseits maximal 13% der Bilanzsumme. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) liegt im Durchschnitt bei ca. 8, d.h. die Summe der Zahlungsmittel übersteigt die Zahlungsverpflichtungen durchschnittlich um das Achtfache. Solange diese Relationen beibehalten werden, ist ein Liquiditätsrisiko rechnerisch unbedeutend.

Risk-Management

Die Gesellschaft nutzt zur Überwachung der eingegangenen Positionen moderne EDV-Techniken. Als Grundlage sind für jeden Händler Limite festgelegt. Die Positionen werden mehrmals täglich überwacht und eventuelle Überschreitungen sofort zurückgeführt.

Die allgemeinen Marktrisiken, die auch bei hoher Volatilität der Märkte permanent vorhanden sind, werden durch die vorgegebenen Limite und durch schnelle Ausführungszeiten der Geschäfte klein gehalten bzw. begrenzt. Das Gesamtrisiko wird mittels ständiger Kontrolle durch den Vorstand in der Höhe begrenzt. Soweit Anlagebuchpositionen eingegangen wurden, werden die entsprechenden Werte durch Analyse der Quartalsberichte und allgemeiner Informationen der jeweiligen Unternehmen einer ständigen Bewertung unterworfen.

Notfall-Vorsorge

Die gesamten Datenbestände werden mehrfach gesichert und zum Teil auch zusätzlich ausgelagert. Beim Ausfall einer EDV-Einrichtung können jederzeit alternative Einrichtungen genutzt werden.

Operationale Risiken

Aufgrund der guten personellen wie auch technischen Ausstattung der Gesellschaft ist für interne Ausfallrisiken Vorsorge getroffen worden. Externe Risiken bestehen in erster Linie durch eventuelle Ausfälle der börsenseitigen Systeme, die in der Vergangenheit vereinzelt vorgekommen sind. Darüber hinaus werden Risiken auch durch eine breit gestreute Kundenstruktur weitgehend vermieden.

Derivate Finanzinstrumente

Im Berichtszeitraum wurden einige Testgeschäfte mit Optionen und Futures durchgeführt. Es wurden keine Overnight-Positionen gehalten und es gelten strengste Limit- und Risikokontrollen. Der Bereich Handel mit Derivativen Finanzinstrumenten wurde jedoch wieder eingestellt.

VI. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Aufgrund unserer sehr guten Eigenkapitalausstattung und unserer ausgesprochen liquiditätsorientierten Anlagepolitik gehen wir auch für die beiden nächsten Geschäftsjahre von einer ausgesprochen guten und geordneten Finanzlage aus. Eine Prognose der Ertragslage ist dagegen sehr viel schwieriger, hängen doch alle Aktivitäten unserer Gesellschaft sehr stark von der globalen makroökonomischen Entwicklung ab.

Ausgehend von der Schuldenkrise in Europa und den USA haben im Laufe dieses Jahres die Turbulenzen an den Kapitalmärkten stark zugenommen. Die kürzlich beschlossene, aber noch nicht ratifizierte zusätzliche Unterstützung für Griechenland in Höhe von € 109 Mrd. soll in Verbindung mit der flexibleren Ausgestaltung der European Financial Stability Facility (EFSF) dafür sorgen, dass sich die Spekulationswelle gegen den Euro normalisiert. Unseres Erachtens ist das allerdings Wunschenken. Die Spekulation gegen den Euro wird weitergehen: Erstens wird Griechenland auch die nun leicht reduzierten Schulden niemals zurückzahlen können. Zweitens wird das Volumen des EFSF nicht ausreichen, um die Ansteckung auf größere Mitgliedsstaaten der Eurozone zu verhindern.

Deshalb werden weitere Schritte folgen müssen, darunter eine deutliche Aufstockung des EFSF sowie ein harter Schuldenschnitt für Griechenland, um dem Land zumindest langfristig die Möglichkeit zu geben, sich der strukturellen Krise (zu viel Staat, zu wenig privater Sektor) zu entledigen. Das wird aber Jahrzehnte dauern, wie die Entwicklung in der ehemaligen DDR zeigt: Noch heute, über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, kassiert der deutsche Finanzminister jährlich € 12 Mrd. an Solidaritätssteuer, die am 1. Juli 1991 eingeführt worden ist, um die enorme Kluft in der Produktivität der beiden Länder durch Subventionen und Investitionen auszugleichen.

Zusätzlich zu den angesprochenen Schulden- und Währungsproblemen beginnt sich das Wachstum in China abzuschwächen: Die Stimmung der Einkaufsmanager hat in den letzten Monaten kräftig nachgelassen, was eine Abschwächung der industriellen Aktivitäten in dem Land impliziert. Die restriktive Geldpolitik der chinesischen Zentralbank (People's Bank of China – PBoC) zeigt also erste Auswirkungen. Trotz dieser widrigen Umstände gehen wir aber nicht davon aus, dass der weltweite Aufschwung in Gefahr ist. Zum einen werden es die chinesischen Autoritäten nicht zulassen, dass die Entwicklung am Arbeitsmarkt spürbar belastet wird, zum anderen deutet sich im Falle

einer weiteren Abschwächung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten unter Umständen eine dritte quantitative Lockerung der Geldpolitik an. Zusätzlich wird die Re-Industrialisierung des Landes vorangetrieben, um die Abhängigkeit der USA von Dienstleistungen zu reduzieren. Dieser Trend dürfte vor allen Dingen die Nachfrage nach Maschinen begünstigen – ein Bereich, in dem Deutschland in der Welt führend ist.

Deshalb sehen wir auch keine Veranlassung, unsere Wachstumsperspektiven für Deutschland zu verändern, zumal sich die Wachstumsdynamik außerdem zunehmend vom Export auf die Binnennachfrage verlagert. Das zeigt sich auch an der starken Nachfrage nach Wohnimmobilien. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die Auftragseingänge in diesem Segment um 26% gegenüber dem Vorjahr. Aber auch die Nachfrage im Nichtwohnungsbau zog um 18,6 % an, was auf hohe Investitionen in neue Fabrikanlagen hindeutet. Dadurch wird letztendlich die Beschäftigung und somit der private Konsum gestützt.

Aufgrund der unerwartet starken Wachstumsdynamik im ersten Quartal dieses Jahres haben wir die Prognose für das reale Bruttosozialprodukt von 2,6% auf 3% angehoben. Im nächsten Jahr erwarten wir zwar einen leichten Rückgang auf 2,5%. Das entspricht aber immer noch der doppelten durchschnittlichen Wachstumsrate seit 1991. Diese Dynamik wird sich aber auch in der Inflation widerspiegeln. In diesem Jahr rechnen wir hier mit einer Rate von nahezu 3%. Im kommenden Jahr wird die Entwicklung der Konsumentenpreise von den Lohn- und Gehaltsverhandlungen der IG Metall für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie abhängen, die den Maschinenbau, die Elektrotechnik und den Fahrzeugbau umfasst. Der letzte Abschluss wurde im Jahr 2010 erzielt und läuft noch bis April 2012. Die letzte Lohnerhöhung zum 1. April 2011 betrug 2,7% und war für 12 Monate gültig. Da man die jüngste Entwicklung in den betreffenden Industrien nur als „Boom“ bezeichnen kann, rechnen wir mit hohen Gehaltsforderungen, die aus der Sicht der Gewerkschaft möglichst zu einem Abschluss führen sollen, der eine 5 vor dem Komma hat.

Das Zauberwort in diesem Zusammenhang heißt „Zweitrundeneffekte“. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird schon im Vorfeld der Verhandlung auf solche Effekte reagieren und die Zinsen erhöhen. Ihr Spielraum ist allerdings begrenzt, da sich die konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone als Ganzes bei weitem nicht so gut präsentiert wie in Deutschland. Sparpakete in den stark defizitären Ländern wie Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien (PIIGS) lassen keine aggressive Geldpolitik zu. Dies wiederum zeigt, dass eine „One size fits all“-Geldpolitik in der Eurozone unmöglich ist. Deutschland wird von dieser so erzwungenen „Niedrigzinspolitik“ der EZB profitieren. Allerdings können sich die augenblicklichen Turbulenzen und damit verbundene Unsicherheiten auf die künftige Entwicklung der Konjunktur dämpfend auswirken.

In einem makroökonomischen Umfeld, das von so vielen Unsicherheiten dominiert wird, ist es für uns schwierig bis unmöglich, eine Prognose zu unserer Ertragslage für die nächsten ein bis zwei Geschäftsjahre abzugeben.

Ein weiteres Mega-Thema, das uns im Geschäftsjahr 2011/2012 und darüber hinaus begleiten wird, ist das Thema „Regulierung“. So soll im Oktober 2011 durch das Europäische Parlament ein erster Entwurf zur Novellierung der MiFID (Markets in Financial Instruments Directive) vorgelegt werden. Unter dem Schlagwort „MiFID II“ soll zur Stärkung des Anlegerschutzes die MiFID auf derzeit nicht abgedeckte Wertpapierdienstleistungen und die Transparenzvorschriften inklusive Pre- und Post-Trade-Reporting auf weitere Finanzinstrumente und Handelsplätze ausgeweitet werden. Diese Überarbeitung durch den Gesetzgeber erfolgt u.a. in Reaktion auf die Tatsache, dass immer größer werdende Teile des Aktienhandels nicht der Handelstransparenzpflicht unterliegen und in so genannten Dark Pools oder Over-The-Counter (OTC) getätigt werden.

Ebenfalls ein Dauerbrenner unter den Regulierungs-Themen ist der „Fall Phoenix“ und die damit verbundene Frage nach der Tragfähigkeit der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW). Hier erhielt die Steubing AG im Juni 2011 die Ankündigung, dass eine weitere Sonderzahlung zur Tilgung der zweiten Rate des insgesamt € 128 Mio. Euro großen Darlehens der EdW bei der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen ist. Unterdessen wurde der Antrag auf Aussetzung der Vollziehung des ersten Sonderzahlungsbescheids durch das Verwaltungsgericht Berlin abgelehnt, wobei sich das Gericht zu der Frage, ob der „Fall Phoenix“ überhaupt einen Entschädigungsfall im Sinne des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) darstellt, nicht näher geäußert hat. Es ist davon auszugehen, dass die in dieser Sache geführten Musterverfahren in nächster Instanz nun vor dem Obergericht Berlin-Brandenburg verhandelt werden.

Den Regulierungsthemen, die eher dämpfend auf die Ertragslage wirken, können wir uns nicht entziehen. Durch eine kontinuierliche Ausweitung und Verbesserung unserer Produkt- und Dienstleistungspalette versuchen wir, unsere Ertragskraft trotzdem weiter zu steigern.

So arbeitet die Steubing AG im Spezialisten-Segment derzeit an der Etablierung unterschiedlicher Kooperationsbeziehungen mit anderen Banken, um Emittenten, die sich am Börsenplatz Frankfurt im Open Market listen lassen möchten, ein auf die neue Struktur adäquat angepasstes Angebot machen zu können. Erfreulich beim Start in das neue Geschäftsjahr war zudem die Tatsache, dass wir mit der Schwäbischen Hüttenwerke (SHW) AG und der Youbisheng Green Paper AG gleich bei zwei Börsengängen im Prime Standard mit der Betreuung der Aktie als Spezialist beauftragt worden sind.

Im Bereich Capital Markets/Corporate Advisory arbeiten wir an mehreren Mandaten, die in Abhängigkeit von der allgemeinen Marktsituation und der individuellen Due Diligence-Prüfung in den nächsten Wochen und Monaten realisiert werden könnten.

Im Segment Sales und Research wird die Steubing AG ihr Profil weiter schärfen. So steht aktuell das Thema Energie-Wende auf der Research-Agenda. Die übergeordnete Leitlinie lautet, unseren Kunden ein qualitativ hochwertiges Produkt anzubieten, das über reines Maintenance-Research hinausgeht und situativ auf besondere Situationen an den Märkten zielgerichtet reagiert. Zudem werden wir in Kooperation mit der Deutschen Börse AG die Investorenveranstaltung „High Tech Engineering Unternehmen stellen sich vor“ am 1. Dezember 2011 in Zürich ausrichten.

VII. Besondere Vorgänge (nach dem 30. Juni 2011)

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

VIII. Sonstiges

Mit höchster Aufmerksamkeit beobachten wir den zunehmend schärfer werdenden Wettbewerb zwischen regulierten Börsenplätzen und Multilateral Trading Facilities (MTF). Hierzu zählt die Fusion zwischen der Deutschen Börse AG (DBAG) und der New York Stock Exchange (NYSE) genauso wie die angekündigte Übernahme von ChiX durch Bats, was ein Indiz dafür sein könnte, dass das Angebot an Multilateral Trading Facilities (MTFs) eine Sättigung erreicht hat und nun eine Phase der Konsolidierung startet. Was die Fusion von DBAG und NYSE, so denn die EU-Kommission und die Aufsichtsbehörden zustimmen, für den Finanzplatz Frankfurt bedeutet, lässt sich unseres Erachtens zur Zeit noch nicht belastbar prognostizieren. Denkbar ist, dass sowohl die Börse als auch Teile des Aktiengeschäfts weiteren Internationalisierungstendenzen unterliegen. Diese möglichen Veränderungen bergen für alle Marktteilnehmer gewisse Risiken. Für Steubing als Partner und Dienstleister für deutsche und internationale Institute können sich daraus aber durchaus auch Chancen entwickeln.

Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2010 bis zum 30. Juni 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschborn/Frankfurt am Main, 23. September 2011

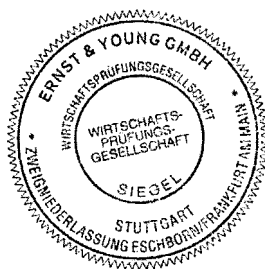
Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Müller-Tronnier
Wirtschaftsprüfer



Hahn
Wirtschaftsprüfer



Bericht des Aufsichtsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010/2011 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung der Steubing AG regelmäßig, zeitnah und kontinuierlich beraten und überwacht. Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft, ihre Entwicklungsperspektiven und Investitionsvorhaben, die jeweilige Marktsituation, regulatorische Vorschriften sowie sämtliche weitere wesentliche Geschäftsvorgänge wurden mit dem Vorstand und innerhalb des Aufsichtsrates in Sitzungen und Einzelgesprächen detailliert analysiert. Neben zahlreichen Besprechungen des Aufsichtsrats-Vorsitzenden mit dem Vorstand fanden vier ordentliche Sitzungen des Gremiums sowie eine Hauptversammlung mit folgenden Schwerpunkten statt:

- Im Juli 2010 diskutierte der Aufsichtsrat die Ertragssituation des Geschäftsfeldes OTC-Derivate/Eurex, die Entwicklungsperspektiven des Scoach-Segments sowie den Stand des Bewerbungsverfahrens für das XETRA-Spezialistenmodell, dem Nachfolger des skontroführerbasierten Parketthandels an der Frankfurter Wertpapierbörse.
- In der Sitzung vom Oktober 2010 stellte das Gremium den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009/2010 fest und prüfte – auch vor dem Hintergrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) – die Tagesordnung der Hauptversammlung, welche am 14. Dezember 2010 in Frankfurt/Main stattfand.
- Im Februar 2011 lag der Fokus auf der Personalsituation der Steubing AG, den neuen Geschäftsfeldern Integriertes Orderflow Management und Betreuung von Anleihe-Emissionen sowie unterschiedlichen Entwicklungen auf dem Feld der Regulierung. Hierzu zählen die Themen Leerverkaufsverbote, MiFID II und die Beitragspolitik der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW).
- Im Mai 2011 beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit dem Stand der Projekte der Abteilung Capital Markets/Corporate Advisory, steuerlichen Themen sowie der Optimierung der Ablauforganisation und Dokumentation.

In einer separaten Sitzung wurde der Bericht der internen Revision zu den Prüfungen des abgelaufenen Geschäftsjahres (u.a. Risikoanalyse, Rechnungs- und Meldewesen, Vergütungssystem) durch den Revisor erörtert. Der Aufsichtsrat hat die Darlegungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das sechsköpfige Gremium hat zudem regelmäßig und kontinuierlich seine eigene Arbeitsweise auf den Prüfstand gestellt. Die arbeitsteilige Besetzung zentraler Kompetenzfelder wie Geschäftsmodell- und Risikoanalyse, Recht, Steuern und Finanzen sowie Etablierung und Pflege von Kunden- und Kooperationsbeziehungen hat sich mit Blick auf die in den vergangenen Jahren stetig gewachsenen Anforderungen an die Arbeit von Aufsichtsräten deutlich bewährt.

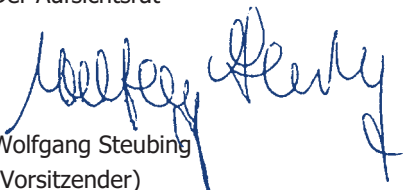
Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH, Eschborn, hat den Jahresabschluss der Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister sowie den Lagebericht des Vorstandes unter Einbeziehung der Buchhaltung und des Meldewesens geprüft und am 23. September 2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Abschlussprüfer haben dem Aufsichtsrat den Jahresabschluss und den Prüfungsbericht in einer separaten Sitzung erläutert. Der Aufsichtsrat hat erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen keine Einwendungen zu erheben sind und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht. Weitergehende Beschlüsse wurden von Vorstand und Aufsichtsrat nicht gefasst. Gemäß §172 Satz 1 AktG wurde der Jahresabschluss damit festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstandes für die Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat vollinhaltlich an.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern der Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister für die erfolgreiche Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Frankfurt am Main, den 19. Oktober 2011

Der Aufsichtsrat


Wolfgang Steubing
(Vorsitzender)

Vorschlag des Vorstandes der Wolfgang Steubing AG zur Verwendung des Bilanzgewinnes

Gemäß § 170 Abs. 2 AktG schlägt der Vorstand vor, den Bilanzgewinn des Wirtschaftsjahres 2010/2011 in Höhe von € 3.405.000,00 vorbehaltlich der Beschlussfassung durch die Hauptversammlung wie folgt zu verwenden:

a) Ausschüttung einer Dividende an die Aktionäre, WKN 646 180, in Höhe von € 0,60 je dividendenberechtigter Aktie	
5.675.000 Stück Aktien à € 0,60	€ 3.405.000,00
Abzüglich des rechnerisch auf die 50.000 Stück von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien (nicht dividendenberechtigt) entfallenden Betrages von zusammen: (Dieser ist in dem Betrag des Gewinnvortrages enthalten.)	€ 30.000,00
Zwischensumme:	<u>€ 3.375.000,00</u>
b) Einstellung in die Gewinnrücklage gem. § 58 (3) S.1 AktG	€ 0,00
c) Gewinnvortrag auf neue Rechnung	<u>€ 30.000,00</u>
Bilanzgewinn zum 30. Juni 2011	<u>€ 3.405.000,00</u>

Frankfurt am Main, den 18. Oktober 2011

Der Vorstand



Dr. Jochen Grossmann



Alexander Caspary



Kai Jordan

Die Gesellschaft

Der Vorstand

Dr. Jochen Grossmann
Alexander Caspary
Kai Jordan

Haibach
Frankfurt am Main
Frankfurt am Main

Der Aufsichtsrat

Wolfgang Steubing
Frank Wiebols
Christoph Bokelmann
Ernst Neumeier
Dietmar Schmid
Achim Vandreike

Frankfurt am Main (Vorsitzender)
Frankfurt am Main (stellv. Vorsitzender)
Frankfurt am Main
Maintal
Bad Homburg
Frankfurt am Main

Geschäftsjahr

01. Juli bis 30. Juni

Kontakt

Goethestraße 29
60313 Frankfurt am Main
Telefon +49.(0)69.297 16-0
Fax +49.(0)69.297 16-111

info@steubing.com
www.steubing.com

Wirtschaftsprüfer

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Mergenthalerallee 3–5
65760 Eschborn



STEUBING AG



Steubing AG

Goethestraße 29
D-60313 Frankfurt am Main

Tel.: +49.(0)69.297 16-0
Fax: +49.(0)69.297 16-111

info@steubing.com
www.steubing.com